



Niederschrift

über die Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Schönberg (SCHÖN/GV/01/2010) vom 11.02.2010

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Wilfried Zurstraßen

Mitglieder

Herr Sven Asbahr

Frau Rosemarie Benecke

Frau Hildegard Buchenau

Herr Jürgen Cordts

Herr Peter Ehlers

Herr Nicki-Sebastian Helms

Frau Antje Klein

Frau Anette Langner

Herr Wolfgang Mainz

Herr Henner Meckel

Herr Wolfgang Mertineit

Frau Claudia Petersen

Herr Franz Schnekloth

Herr Sönke Stoltenberg

Frau Yonca Toepffer-Lasch

Herr Horst Wegner

Herr Dieter Winkler

von der Verwaltung

Herr Stefan Gerlach

Gäste

Herr Hans-Herbert Buchholz

Seniorenbeiratsvorsitzender

Protokollführer/in

Frau Angela Grulich

Abwesend:

Mitglieder

Herr Uwe Manstein

Beginn: 20:00 Uhr

Ende 22:35 Uhr

Ort, Raum: 24217 Schönberg, Knüll 4, Rathaus Schönberg,
Sitzungssaal (Erdgeschoss)

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Bürgermeister Zurstraßen die Gemeindevertreter/Innen sich von ihren Plätzen zu erheben. Er teilt mit, dass die ehemalige Gemeindevertreterin Erika Möller verstorben ist und würdigt ihr Schaffen für die Gemeinde Schönberg.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor, diese lautet damit wie folgt:

Tagesordnung:

Vorlagennummer:

- öffentliche Sitzung -

- | | | |
|-----|---|-------------------|
| 1. | Einwohnerfragestunde | |
| 2. | Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 17.12.2009 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse | |
| 3. | Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe und einer Strandbenutzungsgebühr in der Gemeinde Schönberg/Holstein (KurAbgSa) | SCHÖN/BV/114/2010 |
| 4. | Neufassung der Satzung über die Erhebung von Marktbenutzungsgebühren | SCHÖN/BV/119/2010 |
| 5. | 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer in der Gemeinde Schönberg | SCHÖN/BV/122/2010 |
| 6. | Kindertagesstättenelternbeiträge für Einrichtungen in Schönberg | SCHÖN/BV/115/2010 |
| 7. | Feststellung des Jahresabschlusses 2008 des Ortsentwässerungsbetriebes Schönberg / Holstein | SCHÖN/BV/098/2009 |
| 8. | Wirtschaftsplan 2010 des Ortsentwässerungsbetrieb Schönberg / Holstein | SCHÖN/BV/110/2009 |
| 9. | Wirtschaftsplan 2010 des Tourist-Service Ostseebad Schönberg | SCHÖN/BV/113/2010 |
| 10. | Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010 | SCHÖN/BV/118/2010 |
| 11. | Raumkonzept Gemeinschaftsschule | |
| 12. | Bekanntgaben und Anfragen | |

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Einwohnerfragestunde

Herr Meyer weist darauf hin, dass die Sporthalle aufgrund der Schneelast bereits seit 1 ½ Wochen geschlossen ist. Er erkundigt sich, ob man befürchten müsse, dass die Halle marode ist und dort längerfristig kein Sport betrieben werden kann.

Der Bürgermeister erläutert, dass der Schulverband seines Wissens die Halle aus Sicherheitsgründen vorsorglich gesperrt habe und nicht, weil die Halle marode ist. Er berichtet, dass am gestrigen Tag der Bauhof zusammen mit den Hausmeistern vor Ort war, um das Dach von der Schneelast zu befreien. Außerdem sei ein Statiker beauftragt worden, der die Standfestigkeit prüft. Die Sperrung der Halle lässt nicht darauf schließen, dass die Halle ein dauerhaftes Sicherheitsrisiko darstellt.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

**TO-Punkt 2: Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 17.12.2009
und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Be-
schlüsse**

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht vorgetragen. Der Bürgermeister gibt bekannt, dass die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung den Auftrag zur thermischen Klärschlammverwertung an die Firma ETH-Umwelttechnik erteilt hat. Ferner habe die Gemeindevertretung beschlossen, den Auftrag zur Lieferung eines neuen Fahrzeugs zu vergeben und schließlich habe sie die Verlängerung des Kooperations- und Leitungsvertrages mit dem SOS-Kinderdorf beschlossen.

**TO-Punkt 3: Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe und
einer Strandbenutzungsge-bühr in der Gemeinde Schön-
berg/Holstein (KurAbgSa)
Vorlage: SCHÖN/BV/114/2010**

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und verweist auf die Vorberatungen im Wirtschaftsausschuss.

Gemeindevertreter Stoltenberg erkundigt sich, wie viele Einwohnerkarten ausgegeben worden sind.

Der Bürgermeister erläutert, dass es sich etwa um 900 Karten handelt.

Gemeindevertreter Stoltenberg ist der Auffassung, dass die Einwohner schon in vielen anderen Bereichen zur Kasse gebeten werden. So ganz glücklich ist er nicht mit dem Vorhaben, die Einwohner-Kurkarte auf 10 € anzuheben.

Gemeindevertreter Winkler hält eine Anhebung auf 10 € immer noch für angemessen. Dies könne man den Einwohnern zumuten.

Gemeindevertreter Stoltenberg erinnert daran, dass man seinerzeit nur deshalb die 5 € genommen habe, weil die Karten gefertigt und eingeschweißt werden müssen.

Der Bürgermeister ist der Auffassung, dass 10 € trotzdem weiterhin nur eine Anerkennungsgebühr sind.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt die „Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe und einer Strandbenutzungsgebühr in der Gemeinde Schönberg/Holstein (KurAbgSa)“ in der vom Wirtschaftsausschuss beschlossenen Fassung (Anlage zur Niederschrift).

Stimmberechtigte:	18		
Ja-Stimmen: 18	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

**TO-Punkt 4: Neufassung der Satzung über die Erhebung von Marktbenutzungsgebühren;
Gebührenkalkulation
Vorlage: SCHÖN/BV/119/2010**

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und verweist auf die Vorberatungen im Haupt- und Finanzausschuss.

Gemeindevertreter Wegner wundert sich, dass bei der Gebühr ein Unterschied zwischen dem Jahrmarkt und dem Wochenmarkt gemacht werde.

Der Bürgermeister erläutert, dass der § 6 KAG eine sehr differenzierte Betrachtung fordert. Die unterschiedliche Gebührenkalkulation habe mit dem unterschiedlichen Nutzungscharakter und mit dem unterschiedlichen Versorgungsumfang zu tun.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Die Gemeindevertretung stimmt der ihr vorgelegten Gebührenkalkulation für die Märkte der Gemeinde Schönberg mit den darin enthaltenen Festsetzungen und Ermessensentscheidungen zu.
2. Die Gemeindevertretung beschließt den vorgelegten Entwurf der Satzung über die Erhebung von Marktbenutzungsgebühren gemäß Anlage zur Niederschrift.

Stimmberechtigte:	18		
Ja-Stimmen: 18	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

**TO-Punkt 5: 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer in der Gemeinde Schönberg
Vorlage: SCHÖN/BV/122/2010**

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und verweist auf die Vorberatungen im Haupt- und Finanzausschuss.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer in der Gemeinde Schönberg in der Fassung des vorgelegten Entwurfes (Anlage zur Niederschrift).

Stimmberechtigte:	18		
Ja-Stimmen: 18	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

**TO-Punkt 6: Kindertagesstättenelternbeiträge für Einrichtungen in Schönberg
Vorlage: SCHÖN/BV/115/2010**

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und verweist auf die Vorberatungen im Sozialausschuss. Er macht deutlich, dass nicht die Gemeinde, sondern die Träger eine Rechtsbeziehung zu den Eltern haben. Aber die Gemeinde mache durch diesen Beschluss die Vorgabe für die Höhe der Gebühren auf Basis des Beschlusses aus dem Jahre 2001, der ab dem Jahr 2005 ausgesetzt wurde. Der Vorschlag der Verwaltung sei, die kalkulierten Beträge auf 50 Cent bzw. ganze Euro-Beträge abzurunden.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt eine Anpassung der Elternbeiträge in Schönberger Kindertagesstätten entsprechend der von der Verwaltung vorgelegten Variante 2, die auf der Basis der von den Schönberger Einrichtungen gemeldeten Haushaltsansätze in 2009 errechnet wurde. Die Beitragsanpassung soll zum 01.04.2010 erfolgen. Die von der Verwaltung kalkulierten Beiträge sind auf 50 Cent- bzw. volle Euro-Beträge abzurunden. Die Träger der Kindertagesstätteneinrichtungen sind zu unterrichten. Bei der Genehmigung der Haushalte sind diese Beträge zu berücksichtigen.

Stimmberechtigte:	18		
Ja-Stimmen: 18	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

**TO-Punkt 7: Feststellung des Jahresabschlusses 2008 des Ortsentwässerungsbetriebes Schönberg / Holstein
Vorlage: SCHÖN/BV/098/2009**

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und verweist auf die Vorberatungen im Bauausschuss. Er weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag in Ziffer 5 umformuliert werden muss, und zwar dahingehend, dass es jetzt heißen muss: Der nach der Verrechnung bestehende Anspruch der Gemeinde Schönberg gegenüber dem Ortsentwässerungsbetrieb Schönberg / Holstein in Höhe von 39.169,66 EUR ist durch Rückzahlung in Geld auszugleichen.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung fasst zum Jahresabschluss 2008 des Ortsentwässerungsbetriebes Schönberg / Holstein folgende Beschlüsse:

1. Der Prüfbericht über die Jahresabschlussprüfung 2008 des Ortsentwässerungsbetriebes Schönberg/Holstein wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Jahresabschluss 2008 des Ortsentwässerungsbetriebes Schönberg / Holstein wird bei einer Bilanzsumme in Aktiva und Passiva von 18.401.357,24 EUR in der geprüften Fassung festgestellt.
3. Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2008, die mit einem Jahresverlust in Höhe von 117.430,34 EUR abschließt, wird festgestellt.
4. Der Jahresverlust wird durch die Zahlung von 117.430,34 EUR von der Gemeinde Schönberg an den Ortsentwässerungsbetrieb Schönberg / Holstein ausgeglichen (Verlustaussgleich). Die bereits geleistete Zahlung in Höhe von 156.600,00 EUR wird mit dem Anspruch auf Verlustaussgleich verrechnet.
5. Der nach der Verrechnung bestehende Anspruch der Gemeinde Schönberg gegenüber dem Ortsentwässerungsbetrieb Schönberg / Holstein in Höhe von 39.169,66 EUR ist durch Rückzahlung in Geld auszugleichen.

Stimmberechtigte:	18		
Ja-Stimmen: 18	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 8: Wirtschaftsplan 2010 des Ortsentwässerungsbetrieb Schönberg / Holstein
Vorlage: SCHÖN/BV/110/2009

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und verweist auf die Vorberatungen im Bauausschuss.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt den Wirtschaftsplan 2010 des Ortsentwässerungsbetriebes Schönberg / Holstein mit den Anlagen in der Fassung des überreichten Entwurfes.

Stimmberechtigte:	18		
Ja-Stimmen: 18	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 9: Wirtschaftsplan 2010 des Tourist-Service Ostseebad Schönberg
Vorlage: SCHÖN/BV/113/2010

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und verweist auf die Vorberatungen im Wirtschaftsausschuss.

Gemeindevertreter Stoltenberg erinnert daran, dass die Gemeinde bereits im zweiten Jahr die Probleme mit dem Sand hat. Schon beim ersten Mal habe man daran gedacht, Maßnahmen für eine nachhaltige Eindämmung des Problems auszuloten. Der Vorschlag der CDU-Fraktion sei, für hierfür erforderliche planerische Grundlagen 10.000 € zusätzlich zu

etatisieren. Er erkundigt sich außerdem, ob hinsichtlich der geplanten Kooperation mit Laboe und dem TVP im touristischen Bereich Geld zusätzlich in den Wirtschaftsplan eingestellt werden müsse.

Der Bürgermeister erläutert zunächst zum Sandproblem, dass seinerzeit die Absicht bestand, eine Art Symposium durchzuführen. Vor einer Woche habe im Rathaus ein Treffen des Klima-Aktionsbündnisses stattgefunden. Das Problem des Klimawandels treffe im Grunde alle Anlieger an der Förde. Es spricht einiges dafür, dass das Sandproblem eine Auswirkung des Klimawandels ist. Die Teilnehmer dieses Klima-Aktionsbündnisses waren sich einig, dass man gemeinschaftlich versuchen sollte, Maßnahmen zu ergreifen. Die Gemeinde sollte daher über diese Schiene versuchen, möglicherweise auch an Fördertöpfe heranzukommen. Sein Vorschlag sei daher, dies zunächst abzuwarten und kein Geld in den Haushalt einzustellen. Zu dem Thema „GbR“ führt er aus, dass zwischenzeitlich ein Gesellschaftervertrag vorliege, den er der Gemeinde Laboe und dem TVP zugeleitet habe. Das Signal, das er bekommen habe, sei, dass der Vertrag inhaltlich so geschlossen werden kann. Er habe außerdem ein Exemplar zur Prüfung der Kommunalaufsicht zugeleitet. Es sei nicht erforderlich, zusätzliche Mittel in den Wirtschaftsplan einzustellen.

Gemeindevertreter Meckel erklärt, dass die EIS-Fraktion die geplanten Aktionen für eine nachhaltige Eindämmung des Sandproblems sehr unterstützt. Die EIS könne aber dem Wirtschaftsplan insgesamt nicht zustimmen. Angesichts der prekären Haushaltslage vermisse die EIS nachhaltige Anstrengungen, die Wirtschaftlichkeit zu verbessern. Er erinnert an den seinerzeitigen Antrag der EIS, der abgelehnt worden ist. Nach Auffassung der EIS, gelte es alternative Methoden des Wirtschaftens zu erarbeiten, um den Verlust zu minimieren.

Gemeindevertreter Wegner wendet ein, dass gerade der Wirtschaftsausschuss sich immer wieder bemüht, Einsparungen zu erzielen. Ein Beispiel dafür sei ganz aktuell die Sanierung des DLRG-Hauses. Er weist den Vorwurf entschieden zurück, dass man sich hier nicht genug um eine Verlustminimierung bemühe.

Gemeindevertreter Meckel erinnert noch einmal an den seinerzeitigen Antrag der EIS. Nach seiner Auffassung müsse ein Umdenken stattfinden. Aber die Gemeindevertretung habe ja damals mehrheitlich sogar das gemeinsame Besprechen von alternativen Lösungen abgelehnt. Es gehe doch nur darum, ein verbessertes Konzept für die Wirtschaftlichkeit zu erarbeiten.

Der Bürgermeister stellt klar, dass die Gemeindevertretung nicht eine Untersuchung abgelehnt habe. Sie habe sich nur für einen anderen Weg entschieden, nämlich die Durchführung einer externen Organisationsuntersuchung. Dass dies noch nicht auf den Weg gebracht worden sei, hänge damit zusammen, dass man zunächst die abschließende Ausgestaltung der Tourismuskoooperation Probstei abwarten muss. Man habe seinerzeit für eine solche Organisationsuntersuchung 15.000 € in den Wirtschaftsplan eingestellt. Hierfür sind nun Rückstellungen gebildet worden. Er geht davon aus, dass innerhalb der nächsten drei bis vier Wochen Klarheit darüber herrscht, wie die Organisation aussieht. In den Zielen sind nach seiner Auffassung doch alle Gemeindevertreter beieinander, nur der Weg dahin sei ein unterschiedlicher.

Gemeindevertreter Meckel kann dies nicht so ganz nachvollziehen. Er sieht durchaus Unterschiede. Man könnte bereits jetzt viel weiter sein, wenn man in dem von der EIS vorgeschlagenen Arbeitskreis bereits frühzeitig über Veränderungen und Verbesserungen nachgedacht hätte. Es gehe hier nicht um theoretische Ansätze, sondern um die Umsetzung von praktischen Erfahrungen. Die EIS wollte nur die Möglichkeit haben, dies in einem kleinen Rahmen zu besprechen.

Der Bürgermeister betont noch einmal, dass die Aktivitäten der EIS nicht abgelehnt worden sind, sondern ganz im Gegenteil die EIS ausdrücklich auch aufgefordert wurde, sich in den Prozess der Organisationsuntersuchung mit einzubinden.

Gemeindevertreter Stoltenberg ist auch der Auffassung, dass man sich im Ziel nicht unterscheidet, sondern nur in dem Weg dahin.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt den Wirtschaftsplanes 2010 für den Tourist-Service Ostseebad Schönberg in der Fassung des vorgelegten Entwurfs unter Berücksichtigung der im Wirtschaftsausschuss beschlossenen Änderungen gemäß Anlage zur Niederschrift.

Stimmberechtigte:	18		
Ja-Stimmen: 14	Nein-Stimmen: 4	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

**TO-Punkt 10: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010
Vorlage: SCHÖN/BV/118/2010**

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage, verweist auf die Vorberatungen im Haupt- und Finanzausschuss und stellt die einzelnen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen auch unter Hinweis auf die gesamtwirtschaftliche Lage dar. Er erinnert an die beschlossene Kürzung des Ansatzes des Seniorenbeirats um 1.000 €, verbunden mit der Auflage, dass der Beirat einverstanden ist. In einem Gespräch habe der Beiratsvorsitzende jedoch darum gebeten, die Kürzung lediglich in Höhe von 800 € vorzunehmen, damit die Arbeit des Beirats ohne Einschränkung fortgesetzt werden kann. Der Bürgermeister schlägt vor, dieser Bitte zu entsprechen. Er verweist ferner auf den Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses zur Parkraumüberwachung. Einzelheiten der Ausgestaltung sollen im Bauausschuss festgelegt werden. Jetzt gehe es erst mal darum, sich die Optionen im Stellenplan zu schaffen. Selbst wenn die im Vorwege geplanten Personalkosten nicht auskömmlich sein sollten, sei dies unschädlich, da diese in einem Deckungsring eingebunden sind. Er gibt zum Abschluss seiner Ausführungen einen Ausblick auf das Jahr 2011 und erklärt, dass die Gemeinde auch in 2011 mit einer Zunahme der defizitären Situation rechnen müsse, weil auch die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich neben den weiteren geplanten Steuersenkungen des Bundes um rd. 20 % rückläufig sein werden. Auch in 2011 werde daher der „Rotstift“ angesetzt werden müssen. Er sei allerdings entschieden dafür, dass dabei der Kinder-, Jugend- und Schulbereich auch im kommenden Jahr einen besonderen „Kürzungsschutz“ genießt.

Gemeindevertreter Winkler lobt zunächst einmal die enorme Fleißarbeit verbunden mit Einfallsreichtum, die dazu geführt habe, dass der Bürgermeister und der Kämmerer ein überschaubares Defizit vorlegen konnten. Dafür sagt die SPD-Fraktion ausdrücklich „danke“. Er erinnert an die Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss, bei denen alle Fraktionen in einer wunderbaren Einigkeit versucht haben, das Defizit zu reduzieren. Die Ergebnisse werden nicht zu Jubel in der Bevölkerung führen, aber die Gemeinde habe hier keine Beliebigkeit. Er geht auf einige Ansätze im Haushaltsplan ein und betont insbesondere, dass die SPD-Fraktion dem Verkauf des Sprüttenhauses auf keinen Fall zustimmen werde, sondern weiter darauf drängen werde, dass die Möblierung dort verbessert wird. Die SPD-Fraktion werde diesem Haushalt insgesamt zustimmen.

Auch Gemeindevertreter Stoltenberg unterstreicht es positiv, dass der Haushalt im Haupt- und Finanzausschuss sachlich erörtert und besprochen wurde. Auch die CDU-Fraktion könne den Antrag der EIS zum Verkauf des Sprüttenhauses überhaupt nicht mittragen. Die Begegnungsstätte für ältere Menschen müsse aufrecht erhalten werden. Er erläutert, dass die CDU-Fraktion gleichwohl gezwungen war, sich der Abstimmung zu enthalten. Dies hänge mit dem Ansatz für die Bewirtschaftung der Parkplätze zusammen, denn die CDU-Fraktion hält es für einen verkehrten Ansatz, alle Parkplätze mit Gebühren zu belegen. Dies sei kontraproduktiv. Hier sollte man stattdessen über andere Methoden zur Einnahmengewinnung nachdenken beispielsweise über die Fremdenverkehrsabgabe. Noch viel weniger halte die CDU-Fraktion davon, „sogenannte Hilfssheriffs auf Streife zu schicken“. Er hofft darauf, dass man bei der Konzeptentwicklung im Bauausschuss doch noch irgendwie zueinander findet. Zum Punkt Straßensanierung fragt er sich, ob es nicht angesichts der zu erwartenden Winterschäden, die im Grunde jetzt schon erkennbar sind, sinnvoll sei, zusätzliches Geld einzustellen. Der Appell der CDU-Fraktion sei daher, hier noch einmal 30.000 € zusätzlich zu etatisieren.

Der Bürgermeister schlägt vor, dann aber gleich 200.000 € einzustellen, da nicht davon auszugehen ist, dass 30.000 € ausreichen werden. Dieser Ansatz könnte mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Hiermit kann sich Gemeindevertreter Stoltenberg anfreunden. Er erklärt, dass sich die CDU-Fraktion unter dieser Prämisse wieder der Abstimmung enthalten und damit nicht gegen den Haushalt stimmen werde.

Gemeindevertreter Cordts ist der Auffassung, dass der Haushalt 2010 schon ein besonderer sei, nicht nur weil er erstmalig nicht ausgeglichen ist, sondern auch, weil die Gemeindevertretung im Grunde nicht wirklich die Chance hat, etwas dagegen zu tun. Die mit diesem Haushalt auf den Weg gebrachten Investitionen sind wichtig und erforderlich. Er hält es ebenfalls für vernünftig, den Ansatz „Straßensanierung“ angesichts der erkennbaren Winterschäden, wie vom Bürgermeister vorgeschlagen, aufzustocken. Die durch diesen Haushalt vorgenommenen Erhöhungen und damit resultierende Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger seien angesichts der gesamtwirtschaftlichen Lage unumgänglich. Anmerken möchte er allerdings, dass die Erstattung der Personalkosten an das Amt immer höher werde. Seinerzeit war man davon ausgegangen, dass man durch Synergien als Folge der Zusammenlegung Geld spare. Dies sei ganz offensichtlich nicht der Fall. Der Bürgermeister werde daher gebeten, diese Kostenerhöhungen auf Plausibilität zu prüfen. Sehr zufrieden ist die EIS-Fraktion mit dem Beschluss zur Parkraumüberwachung. Dies sei bereits in der Vergangenheit ein Anliegen der EIS gewesen. Insgesamt ist die EIS allerdings der Auffassung, dass es noch viel mehr Möglichkeiten gebe, die Wirtschaftlichkeit insgesamt zu verbessern. Die EIS möchte daher auch über die Liegenschaften der Gemeinde diskutieren. Es dürfe keine Tabuthemen geben, alles müsse auf den Prüfstand. Zum Investitionsbedarf der Gemeinschaftsschule führt er aus, dass er diesen für erforderlich hält. Nur durch hohe Standards sei die hohe Qualität der Schule zu erhalten. Die EIS sagt ja zu dem Haushalt 2010. Es sei in diesen Zeiten nicht geboten, den beschlossenen Erhöhungen zur Einnahmenverbesserung nicht zuzustimmen.

Der Bürgermeister erläutert zu den Ausführungen von Gemeindevertreter Cordts zu der Amtsumlage, dass er hier bereits „am Ball“ sei.

Gemeindevertreter Stoltenberg spricht noch einmal das Thema „Sprüttenhaus“ an. Er berichtet, dass die CDU-Fraktion eine Sponsoringaktion aufrufen werde. Jetzt sei es schon gelungen, zwei Sponsoren zu finden, die zur verbesserten Möblierung des Sprüttenhauses beitragen möchten. Dies will die CDU ausbauen.

Gemeindevertreter Winkler erklärt, dass die SPD-Fraktion jeden vernünftigen Weg, der zu einer Verbesserung der Möblierung im Sprüttenhus beiträgt, mittragen könne.

Gemeindevertreter Cordts verweist auf den Antrag der EIS-Fraktion zu einer verbesserten Ausstattung des Sitzungssaales.

Der Bürgermeister erläutert, dass die Gemeinde bereits über drei Beamer verfüge. Sehr störend sei allerdings die Klemmleiste im Sitzungssaal, da diese nicht mehr funktionstüchtig sei. Hier käme als Alternative ein Magnetband in Betracht. Er schlägt jedoch vor, kein zusätzliches Geld einzustellen, sondern den Ansatz von etwa 1.000 € zu belassen, der sich aus zwei Haushaltsstellen zusammensetzt. Diese Mittel befinden sich außerdem in einem Deckungsring. Durch Einholen von Angeboten könne man dann in Ruhe die Möglichkeiten einer verbesserten Ausstattung ausloten.

Gemeindevertreter Cordts ist hiermit einverstanden.

Der Bürgermeister weist ausdrücklich darauf hin, dass mit dem Haushaltsbeschluss gleichzeitig über die Anhebung der Realsteuern beschlossen werde, da diese Bestandteil der Haushaltssatzung sind.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt die Haushaltssatzung 2010 und den Haushaltsplan 2010 in der Fassung des vorgelegten Entwurfes und unter Berücksichtigung der beschlossenen Veränderungsliste gemäß Anlage zur Niederschrift.

Stimmberechtigte:	18		
Ja-Stimmen: 12	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 6	Befangen: 0

TO-Punkt 11: Raumkonzept Gemeinschaftsschule

Der Bürgermeister lässt noch einmal den gesamten Prozessablauf Revue passieren, der schließlich zu dem Raumkonzept, über das der Schulverband noch zu beschließen hat, geführt hat. Er erinnert daran, dass der Schulverband unter ganz wesentlicher Beteiligung Schönbergs einstimmig die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule beschlossen hat. Teil dieses Beschlusses war ein bestimmtes pädagogisches Konzept, die 6-Zügigkeit der Schule und die Absicht, eine gymnasiale Oberstufe anzustreben. Auf Grundlage dieses Beschlusses ist die Schule auch 6-zügig gestartet. Um eine 6-Zügigkeit zu gewährleisten benötigt die Schule neue Räume. Hierfür hat der Schulverband zur Erarbeitung eines Raumkonzeptes einen Planungszirkel bestehend aus Vertretern der Lehrerschaft, aus Mitgliedern des Schulverbandes und der Verwaltung eingerichtet. Auf Grundlage der Arbeitsergebnisse dieses Planungszirkels wurde eine konventionelle Anbaulösung erarbeitet. Die Kosten belaufen sich auf 3,1 Mio. €. Wenn man ein kulturelles Multifunktionszentrum hinzufügt, entstehen weitere Kosten von rd. 2,3 Mio. €. Der Hauptausschuss des Schulverbandes hat empfohlen, zunächst erst einmal 3,1 Mio. € für die Schaffung von Klassen- und Gruppenräumen zu investieren, damit die 6-Zügigkeit fortgeführt werden kann. Er verweist auf die letzte Sitzung der Schulverbandsvertretung, in der es zu keiner Entscheidung gekommen war. Er verweist ferner auf sein Schreiben vom 04.02.2010, das allen Gemeindevertretern und auch den Schulverbandsvertretern vorliegt. Hierin habe er deutlich gemacht, dass man bei der Darstellung der finanziellen Mehrbelastungen für die Mitgliedsgemeinden nur von den zusätzlichen In-

vestitionskosten, die sich durch die 6-Zügigkeit ergeben ausgegangen war. Die sich durch die 6-Zügigkeit auf der anderen Seite ergebenden Mehreinnahmen bei den Schulkostenbeiträgen habe man jedoch unberücksichtigt gelassen. Bei Berücksichtigung dieser Mehreinnahmen ergebe sich ab 2015 aber sogar ein rechnerischer Überschuss. Ob die 6-Zügigkeit langfristig trägt, könne heute niemand sagen. Letztendlich hänge dies aber auch von der Attraktivität der Schule ab. Nach Auskunft der Schule sind bereits mit 180 Anmeldungen zu rechnen. Dies bietet durchaus Ansätze dafür, dass eine 6-Zügigkeit länger erhalten bleibt. Aufgrund des Vorschlags von Gemeindevertreter Stoltenberg, unter Kostengesichtspunkten auch über alternative bauliche Möglichkeiten nachzudenken, habe er den Architekten Voss gebeten, Angebote für eine Modullösung einzuholen. Wenn diese Angebote vorliegen, sollte man die Vor- und Nachteile der alternativen baulichen Möglichkeiten abprüfen. Auf keinen Fall sollte man jedoch von der Grundsatzentscheidung abweichen, nämlich der 6-Zügigkeit und dem Ziel der Errichtung einer gymnasialen Oberstufe. Wenn man noch Zeit brauche, um eine abschließende Entscheidung unter Abwägung aller Vor- und Nachteile zu treffen, sollte man sie sich nehmen.

Gemeindevertreter Wegner erkundigt sich, warum sich das Land mit der Genehmigung der gymnasialen Oberstufe so zurückhalte.

Der Bürgermeister erläutert, dass das Land abwarte, wie sich die Schülerzahlen entwickeln. Man müsse hierbei aber berücksichtigen, dass durch die Wahlfreiheit der Eltern und eine hohe Attraktivität der Schule mehr auswärtige Schüler zu erwarten sind, die dann auch durch Schulkostenbeiträge Geld mitbringen.

Gemeindevertreter Stoltenberg erklärt, dass es darum gehe, sich noch etwas Bedenkzeit auszubitten. Man müsse auch berücksichtigen, dass es im Umkreis bereits drei Gymnasien gibt, für die der Kreis bezahlt und die Gemeinden über die Kreisumlage mitbezahlen. Auch die Unterhaltungskosten, die durch neue Gebäude entstehen, dürfe man nicht unterschätzen. Dies alles zusammen müsse in einer Gesamtschau unter Kostengesichtspunkten abgewogen werden.

Gemeindevertreter Cordts wendet ein, dass es die drei Gymnasien auch schon gab, als die Grundsatzentscheidung mit den Stimmen und auf Antrag der CDU-Fraktion gefällt worden ist. Die Gemeinde schickt derzeit auch Kinder in die Gymnasien, für die Schulkostenbeiträge geleistet werden müssen. Durch die Einführung einer gymnasialen Oberstufe könne man diese Kinder hier halten und ihnen ein alternatives Bildungsangebot bieten. Man müsse alles dafür tun, um den Standort Schönberg aufzuwerten. Deshalb sollte man auch die Grundsatzentscheidung der 6-Zügigkeit und der gymnasialen Oberstufe nicht infrage stellen wegen mangelnder Investitionsbereitschaft. Die Schule braucht diese Räume. Dies sei eine Investition in die Zukunft. Selbstverständlich könne man über kostengünstigere Möglichkeiten durch eine alternative Bauweise nachdenken. Zu einem „Abspecken am Raumkonzept“ sagt die EIS aber ausdrücklich „nein“.

Gemeindevertreter Stoltenberg erklärt, dass es korrekt sei, dass die CDU damals sogar selbst den Antrag gestellt habe, aber es müsse doch auch erlaubt sein, Dinge noch einmal zu überdenken. Man sei seinerzeit auch davon ausgegangen, dass man an Fördertöpfe herankomme. Wenn in einem Planungszirkel zwei Ingenieure mitarbeiten, dürfe man doch voraussetzen, dass soviel Fachkompetenz vorhanden ist, dass nicht nur einseitig, sondern in alle Richtungen gedacht wird. Vom Grundsatz gehe es jetzt darum, alternative bauliche Möglichkeiten auszuloten.

Gemeindevertreter Wegner erklärt ausdrücklich, dass er nicht gegen diese Schule sei. Allerdings fragt er sich, ob die Zusammensetzung des Planungszirkels glücklich gewählt wurde, da in diesem Lehrer und auch der beauftragte Architekt Mitglieder sind. Hier sieht er eine Befangenheit. Man sollte aber auf jeden Fall über bauliche Alternativen nachzudenken.

Der Bürgermeister bittet sehr darum, dem Planer nicht zu unterstellen, dass er so geplant habe, um möglichst viel Honorar aus seiner Planung zu erzielen. Dies sei nicht die richtige Diskussionsebene.

Gemeindevertreterin Klein hält es für sehr unseriös, den Planungszirkel anzugreifen. Hier haben Personen oft und lange zusammengearbeitet und sich sehr viel Mühe gemacht. Selbstverständlich gehören hier auch die Lehrer an den Tisch wegen des pädagogischen Konzeptes und auch der Architekt als Planungskompetenz. Das derzeitige Zurückrudern sei nach ihrer Wahrnehmung auch in der Öffentlichkeit nicht gut angekommen. Die Eltern und Lehrer verlassen sich darauf, dass der seinerzeitige Beschluss umgesetzt wird und sind jetzt verunsichert. Sie hält diese Diskussion angesichts der seinerzeitigen einstimmigen Beschlusslage für absurd.

Gemeindevertreter Mainz bekräftigt diese Auffassung.

Gemeindevertreter Stoltenberg erklärt, dass er den Einwand von Gemeindevertreterin Klein unkommentiert lassen möchte. Er weist darauf hin, dass es Schulen im Umland gebe, wo ganze Etagen leer stehen, die aber unterhalten werden müssen. Schon von der Sache her sei daher eine belastbare und zukunftsfähige Betrachtung geboten.

Der Bürgermeister wendet ein, dass selbst dann, wenn die gymnasiale Oberstufe nicht kommt, das Geld nicht vergeblich investiert sei, weil die Räume auch jetzt schon für die 6-Zügigkeit gebraucht werden. Der Kreis werde bei der Genehmigung einer gymnasialen Oberstufe sicherlich angehört, er sei aber nicht Genehmigungsbehörde. Die Botschaft des Innenministeriums war seinerzeit, dass in dem Fall, in dem die Schülerzahlen erreicht werden, eine sehr eingehende Standortprüfung erfolgt. Durch das Angebot einer Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe wird auch ein ganz anderes Bildungsangebot etabliert, als bei einem Bildungsabschluss auf dem herkömmlichen Bildungsweg. Den Einwand von Gemeindevertreter Stoltenberg, dass man bei der seinerzeitigen Entscheidung davon ausgegangen war, dass es auch Fördertöpfe gibt, kann der Bürgermeister nicht nachvollziehen, denn Zuschussmöglichkeiten haben sich erst durch das Konjunkturprogramm II ergeben. Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung war überhaupt noch nicht klar, ob man überhaupt Zuschüsse generieren kann. Er plädiert dafür, Kurs zu halten. Den Kurs korrigieren könne man selbstverständlich, aber man sollte nicht umdrehen. Neben der Wirtschaftlichkeit gebe es auch andere Aspekte, die mit in den Abwägungsprozess einfließen sollten. Im Ergebnis sollte eine Entscheidung für die Schüler und für den Haushalt fallen. Im Zweifel jedoch für die Schüler.

Gemeindevertreter Cordts ist der Auffassung, dass man sich am heutigen Abend auf eine Linie positionieren sollte.

Dies sieht Gemeindevertreter Stoltenberg anders. Er könne sich erst dann positionieren, wenn Zahlen und Fakten vorliegen.

Gemeindevertreter Cordts geht es darum, sich noch einmal ausdrücklich zur gymnasialen Oberstufe, der 6-Zügigkeit und zu dem dafür erforderlichen Raumkonzept zu bekennen. Die Position der EIS sei klar und eindeutig; nämlich dafür.

Der Bürgermeister unterbreitet einen

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung spricht sich für die Fortführung der 6-Zügigkeit der Gemeinschaftsschule Probstei aus und auch dafür, die gymnasiale Oberstufe weiter anzustreben. Die dafür

notwendigen Räumlichkeiten werden zur Verfügung gestellt. Dabei ist auch eine wirtschaftliche Prüfung alternativer Bauweisen in die Überlegung einzubeziehen.

Gemeindevertreter Stoltenberg stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, und zwar, die Abstimmung zu verschieben, bis konkrete Zahlen und Fakten vorliegen.

Gemeindevertreter Cordts meldet sich für die Gegenrede. Die Linie sei klar, außer dass jetzt noch Möglichkeiten ausgelotet werden, Geld einzusparen. Er beantragt daher, so abzustimmen, wie vom Bürgermeister vorgeschlagen.

Der Bürgermeister stellt den Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen abgelehnt.

Gemeindevertreterin Petersen stört sich an der Formulierung des Beschlussvorschlages. Zunächst einmal gehe es doch nur darum, ein Raumkonzept für die 6-Zügigkeit zur Verfügung zu stellen.

Der Bürgermeister modifiziert daraufhin den

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung spricht sich für die Fortführung der 6-Zügigkeit der Gemeinschaftsschule Probstei aus und auch dafür, die gymnasiale Oberstufe weiter anzustreben. Die für die 6-Zügigkeit notwendigen Räumlichkeiten werden jetzt zur Verfügung gestellt. Dabei ist auch eine wirtschaftliche Prüfung alternativer Bauweisen in die Überlegung einzubeziehen.

Gemeindevertreter Stoltenberg beantragt eine Sitzungsunterbrechung. Der Bürgermeister unterbricht die Sitzung um 22:17 Uhr für eine kurze Pause.

Die Sitzung wird um 22:20 Uhr fortgesetzt.

Gemeindevertreter Stoltenberg erklärt für die CDU-Fraktion, dass sich die CDU der Stimme enthalten werde. Sie werde den Beschluss nicht ablehnen, aber zum jetzigen Zeitpunkt fehlen klare Fakten, deshalb könne die CDU-Fraktion keine verantwortliche Entscheidung treffen.

Der Bürgermeister stellt den modifizierten Beschlussvorschlag zur Abstimmung. Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung spricht sich für die Fortführung der 6-Zügigkeit der Gemeinschaftsschule Probstei aus und auch dafür, die gymnasiale Oberstufe weiter anzustreben. Die für die 6-Zügigkeit notwendigen Räumlichkeiten werden jetzt zur Verfügung gestellt. Dabei ist auch eine wirtschaftliche Prüfung alternativer Bauweisen in die Überlegung einzubeziehen.

Stimmberechtigte:	18		
Ja-Stimmen: 12	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 6	Befangen: 0

TO-Punkt 12: Bekanntgaben und Anfragen

Gemeindevertreterin Klein erklärt, dass an sie Beschwerden herangetragen worden sind, dass in einigen Ortsteilen sehr schlecht geräumt ist. Sie erkundigt sich was geplant sei, um die Straßen besser befahrbar zu machen.

Gemeindevertreter Wegner weitet die Frage auch auf die Fußwege aus.

Der Bürgermeister erläutert, dass für die Fußwege die Anlieger zuständig sind. Das Ordnungsamt habe hier aber bereits versucht, Überzeugungsarbeit zu leisten. Die Gemeinde war, wie alle anderen Gemeinden auch, nicht vorbereitet auf diesen Winter. Die Gemeinde habe ein Salz-Problem, auch weitere Räumfahrzeuge beispielsweise zu leihen, sei nicht möglich. Die Gemeinde sei gehalten, zunächst die Hauptverkehrsstraßen zu räumen. Da sich viele Bereiche in einem freien Feld befinden und es immer wieder zu Verwehungen kommt, kommen die Räumkräfte kaum hinterher. Die Bauhof-Mannschaft sei beispielsweise letzte Nacht seit 03:30 Uhr unentwegt unterwegs. Es werden derzeit Möglichkeiten des Einsatzes einer Asphaltfräse oder eines Frontladers gecheckt. Beides seien aber keine optimalen Lösungen.

Gemeindevertreterin Langner verlässt den Sitzungssaal um 22:30 Uhr. Sie betritt den Sitzungssaal um 22:32 Uhr.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Da ein Bedarf für einen nichtöffentlichen Sitzungsteil nicht besteht, schließt der Bürgermeister die Sitzung um 22:35 Uhr.

gesehen:

Wilfried Zurstraßen
- Bürgermeister -

Angela Grulich
- Protokollführerin -

Sönke Körber
- Amtsdirektor -